



Die gemeinsame Aufgabe heißt Freiburg

Dr. Dieter Salomon
Rede im Gemeinderat zum
Amtsantritt und zur Vereidigung als
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg
1. Juli 2002, 17.00 Uhr

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrte Damen und Herrn Stadträtinnen und Stadträte,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme an dieser Sondersitzung des Gemeinderates. Ein herzliches Wort des Dankes Ihnen, Herr Regierungspräsident, für Ihre guten Wünsche für mein künftiges Amt. Wir alle wissen, wie lange Sie hier im Rathaus zu Hause waren und wie sehr Sie sich – über Ihr Amt hinaus – immer noch der Stadt verbunden fühlen.

Herr Bürgermeister Neideck, Sie haben mir den Start in das neue Amt leicht gemacht. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, den übrigen Bürgermeistern und mit der Verwaltung. Wir hatten in den letzten Wochen bereits viele Gespräche, die mir die Einarbeitung sehr erleichtern haben.

Ein besonderer Dank Ihnen, Herr Stadtrat Kalchthaler. Sie gehören seit 30 Jahren dem Gemeinderat an und haben uns allen vieles an Erfahrung und Wissen voraus. Ich habe mich sehr gefreut, daß der Gemeinderat Sie gebeten hat, die Vereidigung vorzunehmen. Uns verbinden einige Jahre der Zusammenarbeit und eine herzliche Freundschaft.

Der Amtsantritt ist für mich auch so etwas wie eine Heimkehr. Ich bin zehn Jahre Mitglied des Gemeinderats gewesen. Es war eine Zeit, die mich nicht nur politisch, sondern auch persönlich geprägt hat. Von den Erfahrungen als Gemeinderat habe ich im Landtag sehr profitiert. Die Erfahrungen als Gemeinderat haben letztlich auch zu meiner Kandidatur als Oberbürgermeister geführt. Vor allem aber: Ich habe mich in Ihrem Kreis – und die meisten sind ja heute noch dabei – sehr wohl und heimisch gefühlt. Deshalb fühle ich mich in diesem Gremium wieder zu Hause und von Ihnen mit großer Freundlichkeit aufgenommen. Dafür danke ich Ihnen. Sicherlich ist mein jetziges Amt ein anderes. Aber ich wünsche mir, daß wir in unserer künftigen Zusammenarbeit an das gute Miteinander anknüpfen können.

Zu den Menschen, die meinen politischen Lebensweg mitbestimmt haben, gehört auch unser bisheriger Oberbürgermeister. Er war für mich als jungen Gemeinderat von damals nicht einmal dreißig Jahren ein oft strenger, aber in der Summe auch ein guter Lehrmeister. Er hat Maßstäbe gesetzt, die es jedem Nachfolger leicht, aber auch schwer machen.

Denn Rolf Böhme hat – im besten Sinne des Wortes – ein wohlbestalltes Haus hinterlassen, in dem die Dinge in Ordnung sind. Ich freue mich darauf, in diesem Rathaus arbeiten zu dürfen. Aber es ist auch ein schweres Erbe, denn jeder Nachfolger muß sich an ihm messen lassen.

Ich möchte in das Wort des Dankes und der Anerkennung bewußt einige weitere Persönlichkeiten einbeziehen, die früher auf dieser Bank saßen. Als erstes den Regierungspräsidenten. Sven von Ungern-Sternberg hat als Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender, dann als Bürgermeister die Freiburger Stadtpolitik über 27 Jahre mitgestaltet. Für den Stadtkreis ist es ein Glücksfall, daß im Basler Hof ein ausgewiesener und erfahrener Kommunalpolitiker als Vertreter des Landes agiert, und zudem noch einer, der mit uns bestens vertraut ist. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Der nächste ist Hansjörg Seeh. Seine Erfahrung und sein Engagement in der Sozialpolitik, vor allem aber seine Herzlichkeit und menschliche Wärme haben viele Jahre die Atmosphäre im Rathaus geprägt. Ich freue mich, wenn er auch als Ruheständler seinen Rat zur Verfügung stellt.

In diesen Kreis möchte ich auch Thomas Landsberg einschließen. Auch er ist seit fast dreissig Jahren in der Stadtpolitik zu Hause, davon acht Jahren als Bürgermeister und nun wieder im Gemeinderat.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, noch einige Worte zur Oberbürgermeisterwahl zu sagen. An erster Stelle steht ein Wort des Dankes und des Respekts an die Mitbewerber für einen fairen, sachlichen und persönlich angenehmen Umgang miteinander. Ich wünsche mir mit den Mitbewerbern, an erster Stelle mit Michael Moos hier im Hause und mit Gudrun Heute-Bluhm in Lörrach, daß dieses gute Miteinander Bestand hat, im Gemeinderat oder in der regionalen Zusammenarbeit zwischen Lörrach und Freiburg, z.B. im badenova-Aufsichtsrat. Mit Bernhard Zepter, der ja Botschafter der EU in Japan wird, habe ich schon einen Abstecher nach Tokio beim nächsten Matsuyama-Besuch vereinbart.

Mit dieser Wahl sind aber bei manchen Bürgerinnen und Bürgern auch einige Befürchtungen einhergegangen. Sie waren nicht in meiner Person, sondern in meiner politischen Herkunft begründet. Meine politischen Wurzeln und meine politische Heimat liegen bei den Grünen, und ich bin stolz darauf, welche Leistungen die verschiedenen grünen Fraktionen in über zwanzig Jahren für die Stadtpolitik erbracht haben.

Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß bei einer Bürgermeisterwahl nach unserer Kommunalverfassung keine Parteien, sondern Personen zur Wahl stehen. Ich verstehe mein Amt nicht als „grüner“ Oberbürgermeister, sondern als Oberbürgermeister für alle Freiburgerinnen und Freiburger. Deshalb ist der Wechsel im Amt gewiß ein Generationswechsel, sicherlich auch ein Wechsel im Arbeitsstil und in der Art, das Amt zu führen, aber ganz gewiß kein grundsätzlicher Kurswechsel.

Die Gemeindeordnung kennt für den Gemeinderat nicht die Kategorisierung nach „Regierung“ und Opposition“. Der Gemeinderat hat keine „Regierungs-Mehrheiten“ wie im Bundes- oder Landtag, sondern es bilden sich je nach Sachthema immer wieder wechselnde Mehrheiten. Ich bin sicher, daß sich auch nach dieser Wahl daran nichts ändert. Die Gemeindeordnung zwingt also förmlich zum Miteinander und zum Kompromiss. Aber nicht nur deshalb will ich mit allen Fraktionen und Gruppierungen konstruktiv zusammenarbeiten, sondern weil dies der Stadt insgesamt gut tut.

Dennoch wird es natürlich auch weiterhin Situationen geben, in denen es einen Dissens in Sachfragen zwischen Oberbürgermeister und einzelnen Fraktionen geben wird. Auch das gehört zur Demokratie und stellt das eben Gesagte überhaupt nicht in Frage. Irgendwann, selbst nach der längsten Debatte wird abgestimmt, die Mehrheit entscheidet und meine Aufgabe und die der ganzen Verwaltung ist es dann, diese Entscheidung zügig umzusetzen.

Meine Damen und Herren, was macht die Aufgabe des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg so reizvoll? Sicher die Tatsache, dass die Freiburger Stadtpolitik zu vielfältig ist, als

daß sie sich in wenige Fächer einsortieren läßt. Bei uns ist eben manches etwas bunter, vielschichtiger und manchmal auch ein bißchen komplizierter als in anderen Städten, also etwas anders – wie das in den vergangenen Wochen ja gelegentlich anklang. Das heißt, daß hier neue Ideen schneller einen Platz finden und für ein paar mehr Farbtupfer im öffentlichen Leben sorgen. Das macht Freiburg so spannend und interessant.

* Die Stadtpolitik ist liberal, wenn es um neues Denken und neue Ideen und um einen offenen Umgang mit Menschen anderer Kulturen oder anderer Nationalitäten geht.

* Die Stadtpolitik ist fortschrittlich, wenn wir soziale, gesellschaftliche, kulturelle oder wirtschaftliche Bedingungen verändern und verbessern können

* Die Stadtpolitik ist im Sinn des Wortes konservativ, wenn es um die Wahrung unserer natürlichen Lebensräume oder unseres geschichtlichen Erbes geht.

„Anders sein“ hat eine weitere, für mich wichtige Facette, nämlich die Frage, wie wir mit ausländischen Mitbürgern umgehen, mit Menschen anderer Herkunft oder Kultur. Es gibt einen bemerkenswerten Konsens über alle Parteien und im Bürgermeisteramt, daß Rassismus, Intoleranz oder Ausländerfeindlichkeit in Freiburg nichts zu suchen haben. Denn Freiburg versteht sich als eine offene Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Glaubens, aus anderen Kulturen oder Nationalitäten friedlich zusammenleben können.

Ich bin Rolf Böhme dankbar für die Initiativen, die er vor zwei Jahren dazu ergriffen hat und die zu der Aktion „Für eine offene Stadt“ geführt haben. Ich will dieses Programm gern aufgreifen und mit der Bürgerschaft und Ihnen allen weiterführen.

Das „Internationale Jahr des Ehrenamts“, meine Damen und Herren, ist zwar vorüber, aber die Aufgabe bleibt uns: Die Aufgabe, immer wieder Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliches, für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. In Vereinen, in Gruppen, in der Kultur, im Sport oder für den eigenen Stadtteil. Auch hier ist vieles erreicht worden. Freiburg hat ein dichtes Netzwerk von Aktiven, im Sport, in Bürgervereinen, in der Lokalen Agenda und in vielen anderen Gruppen. Sie alle leisten wichtige Beiträge zum öffentlichen Leben und entlasten die Stadt. Die Anregungen aus den Gruppen haben neue Ideen in die Stadtentwicklung gebracht; das Partizipationsverfahren zum Flächennutzungsplan war ein Beispiel. Und vieles, was im Sport ehrenamtlich geleistet wird, könnte die Stadt gar nicht oder nur zu hohen Kosten ersetzen. Diesen Weg müssen wir weitergehen, wir müssen das Ehrenamt stärken, und das nicht nur mit Worten, um das Engagement nicht zu „verschütten“.

All diese Ansätze sind gut und richtig. Aber wir dürfen nicht stehenbleiben, sondern wir müssen uns gemeinsam auch neue Gedanken über Partizipation machen. Dazu suche ich in Zukunft die Debatte mit Ihnen und in der Öffentlichkeit. Ein Beispiel: In den letzten Jahren ist in der Wirtschaft eine neue Generation herangewachsen: Junge Leute in der Informationstechnologie, in Internet-Agenturen, in der Solartechnologie, an der 15.Fakultät der Universität oder in ähnlichen Berufen. Nennen wir sie „young economy“.

Mein Eindruck ist, daß der Stadtpolitik der Zugang zu dieser Welt schwer fällt. Dies gilt auch umgekehrt. Ich wünsche mir einen vertieften Dialog in diese Richtung, mit dem Ziel, die Kreativität und Offenheit der „young economy“ für die Stadt zu gewinnen. Vielleicht gelingt es uns, auf beiden Seiten nicht nur ein Gespräch aufzunehmen, sondern auch eine Begeisterung zu wecken.

Die Öffnung gegenüber der „young economy“ unserer Informationsgesellschaft ist auch für unsere eigene Verwaltung notwendig. Erinnern wir uns, wie sehr die neuen Techniken die Verwaltung in den letzten 10 oder 15 Jahren verändert haben. Dieser Prozeß wird weiter gehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden immer stärker die Möglichkeiten des e-government nutzen. Hier gibt es gute Ansätze, aber auch Nachholbedarf.

Die Grundstruktur jeder Kommunalverwaltung basiert ja immer noch auf den Ideen des Freiherr von Stein aus dem 19. Jahrhundert. Ihm verdanken wir die gesetzliche Fassung dessen, was heute als „kommunale Selbstverwaltung“ im Grundgesetz verankert ist. Sie zu schützen, ist eine vorrangige Aufgabe. Aber zur tatsächlichen Umsetzung unserer kommunalen Selbstverwaltung müssen neue Elemente hinzukommen, wenn wir weiter handlungsfähig – und leistungsfähig – bleiben wollen. Unsere Welt ist zu kompliziert und zu schnell geworden, um sie nach alten Muster verwalten zu können.

Deshalb plädiere ich dafür, den Prozeß der Verwaltungsreform wieder aufzugreifen. Die Verwaltungsreform ist in den letzten Jahren etwas ins Stocken geraten. Hier darf Freiburg nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Verwaltungsreform ist eine Daueraufgabe. Viele der damaligen Empfehlungen, die ich noch als Gemeinderat mit beschlossen habe, sind auf dem Papier geblieben. Ein Fehler damals war sicher, dass sich für manche Ohren Verwaltungsreform immer wie Stellenstreichungsprogramm angehört hat.

Ich möchte deshalb zusammen mit den Personalräten und den Mitarbeitern die Diskussion wieder aufnehmen. Hier setze ich bewußt auf Ihre Anregungen und Vorschläge. Sie kennen Ihre Aufgaben am besten. In diesem Prozeß spielt auch die Umsetzung des Leitbildes eine Rolle. Hier gab es viele kreative Ansätze, die wir nutzen können.

Es hat ja in der Vergangenheit nicht an guten Ideen und Vorschlägen gemangelt. Ich kann mir eine Verwaltung vorstellen, die weniger hierarchisch organisiert ist, sondern stärker projektorientiert. Und ich wünsche mir mehr Bereitschaft zu eigener Verantwortung am jeweiligen Arbeitsplatz. Hier brauchen wir Lernprozesse im Rathaus, nämlich ein Bewußtsein für größere eigene Gestaltungsmöglichkeiten in den Ämtern, aber auch das Bewußtsein dafür, daß man im eigenen Bereich auch eigene Verantwortung trägt, die nicht „nach oben“ abgeschoben werden darf, wenn es mal unbequem oder unangenehm wird.

Nicht nur in der Gesellschaft, auch in der Verwaltung spielte das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den letzten Jahren eine immer größere Rolle. Es begann mit Frauenförderplänen und anderen Konzepten. Heute geht es darum, die Auswirkungen von öffentlichem Handeln auf die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern vorher abzuschätzen. Der englische, allerdings nicht sehr schöne Begriff dafür heißt „gender mainstreaming“. Ich will die Anregungen hierzu aus der Mitte des Gemeinderates gerne aufnehmen.

Wenn wir Verwaltungsreform ernst meinen, betrifft das Thema auch uns, den Gemeinderat, als das höchste Organ der Stadt und unser Selbstverständnis. Ich möchte deshalb eine Debatte über unsere Ziele und Aufgaben im Gemeinderat und Bürgermeisteramt anregen. Die Zäsur der OB-Wahl kann ein Anlaß sein, abseits des Tagesgeschäfts über die gemeinsamen Ziele und die Aufgabenschwerpunkte der kommenden Jahre nachzudenken.

Ich bin z.B. der Überzeugung, dass die wichtigste Aufgabe des Gemeinderats – und da waren wir uns in diesem Hause schon einmal einig – die strategische Steuerung ist, nicht aber das operative Geschäft. Daran sollten wir uns orientieren. Hier kann weniger mehr sein, beispielsweise bei Vorlagen.

Es sprengt den Rahmen, hier auf alle wichtigen Themen einzugehen. Ich sehe für die nächste Zukunft neben vielen anderen Themen folgende Schwerpunkte:

Zum ersten natürlich – und die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren – der Doppelhaushalt 2003/2004. Unser Ziel ist es, und da weiß ich mich mit Bürgermeister Neideck einig, die in den letzten Jahren gelegte Meßlatte eines Haushalts ohne zusätzliche Nettoneuverschuldung nicht zu reißen und die Stärkung der eigenen Einnahmen voranzutreiben. Auch wenn die Konjunktur jetzt wieder anspringt, so erleben wir doch phasenverschoben die Auswirkungen der Steuerreformen der Bundesregierung, die zwar zu einer hohen Entlastung der Bürger, aber auch zu einer deutlichen Belastung von Bund, Länder und Kommunen geführt hat. Dazu, das machen die Steuerschätzungen deutlich, erleben wir die Auswirkungen der schon beinahe überwundenen Konjunkturlaute.

Die Stadt selbst steht finanziell – ohne diese Einflüsse – gut da wie lange nicht, wir haben ein stabiles und steigendes Gewerbesteueraufkommen und die höchsten Zuwächse bei den Arbeitsplätzen in den letzten Jahren. Man darf aber auch nicht vergessen, dass Freiburg von jeher schon durch seine besondere Ausgangslage, was die Steuerkraft angeht, eine sehr schwierige Situation hatte und hat.

Ich erinnere mich gut an die vielen Spardebatten früherer Jahre. Ich fürchte, diese Option weiterer Einsparungen ist bald ausgereizt. Deshalb brauchen wir neue Ideen, um die Einnahmeseite zu verbessern. Hier kommt es auf gute Bedingungen an, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, und zwar zukunftsfähige Arbeitsplätze beispielsweise in der Umweltwirtschaft, die in das Profil der Stadt passen und gleichzeitig einen Ertrag bringen. Ich hoffe auf Ihre konstruktive Hilfe, auf das Engagement und die Kreativität der Verwaltung. Soviel kann ich heute schon sagen, daß es kein Haushalt der „großen Sprünge“ wird, und daß etliche Begehrlichkeiten auf der Strecke bleiben. Das Ziel der Konsolidierung muss Vorrang haben.

Die Stadt, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nicht alles, aber sie kann für die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen schaffen. Das vorrangige Ziel ist deshalb eine Stadtpolitik, in der sich neue Arbeitsplätze entwickeln können, und zwar in den Sparten, in denen Freiburg seit je her Stärken und Standortvorteile hat. An erster Stelle steht die Umweltwirtschaft. Sie hat große Wachstumspotentiale, und sie hat eine gute Verankerung in Freiburg. Damit zusammen hängt unser wichtigstes Exportgut: Es ist der Wissenstransfer, von der Universität, den Hochschulen und den Instituten in die Wirtschaft. Die Nähe zwischen Forschung und Lehre und deren Anwendung ist ein Standortvorteil, um den uns viele beneiden. Was sich in den letzten Jahren in der Uni und rings herum entwickelt hat – Mikrosystemtechnik, Informatik, Medientechnologie, Biomed-Forschung –, ist offensichtlich noch nicht allen bewußt und somit als Zukunftspotential auch noch nicht ausreichend erkannt.

Der Stadt insgesamt, aber auch uns würde es gut tun, wenn nicht nur die vertrauten Kammern und Verbände, sondern auch andere Kreise der Wirtschaft sich in der Stadtpolitik engagieren, wie beispielsweise die schon genannte „new economy“.

Freiburg hat in der Umweltpolitik einen guten Namen. Bei fast allen Rankings schneidet die Stadt mit Spitzenpositionen ab. Dennoch habe ich den Eindruck, dass in den letzten Jahren auf diesem Gebiet nicht alles Gold war, was glänzte. Den Titel Umwelthauptstadt haben wir uns vor zehn Jahren verdient. Seit dem zehren wir davon. Auf manchen Gebieten haben uns andere Städte längst den Rang abgelaufen.

Klimaschutz, meine Damen und Herrn, ist in erster Linie Energiepolitik und Verkehrspolitik. In der Energiepolitik hat Freiburg Schrittmacherdienste geleistet. Der Gemeinderat hat schon 1986 einstimmig den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, die Bundesregierung erst vor zwei Jahren. Die Zukunft nach den fossilen Energien und der Atomkraft gehört den regenerativen, also den erneuerbaren Energien, sprich Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme. Die Zukunft gehört auch dem Energiesparen und einer größeren Energieeffizienz. Die Stadt kann dabei auf vielen Feldern mehr noch als heute beispielhaft vorangehen. Die vor elf Jahren vorbildlichen Niedrigenergiestandards sind heute fast Bundesgesetz. Wir sollten erneut vorangehen und neue Standards setzen. Die Kraft-Wärme-Kopplung erhöht die Energie-Effizienz gewaltig. Wenn sie noch auf Biomasse-, also z.B. mit dem Energieträger Holz erfolgt, dann verbessert sie die CO₂-Bilanz gewaltig. Die Fotovoltaik, der Strom aus Sonne, bringt zwar noch nicht die Mengen, ist aber als Technologie der Zukunft für die Solarstadt Freiburg ökologisch und als Arbeitsplatzbringer unerlässlich. Warum nicht auf jedes städtische Dach eine Solaranlage, wenn es nichts kostet? Warum nicht die Schulen und städtischen Gebäude mittels Contracting endlich energetisch sanieren, und damit etwas für Arbeitsplätze im Handwerk, für die Umwelt und den städtischen Haushalt tun? Die Windkraft gehört ebenfalls hierher. In der Windkraftindustrie arbeiten bereits mehr Menschen als in der Atomwirtschaft. Wir werden dieses Thema ja demnächst auf der Tagesordnung haben. Ich wünsche mir eine sachliche Debatte, die auch die Ziele unseres Energieversorgungskonzepts dabei im Blick behält.

Früher war unser wichtigstes Instrument in der Energiepolitik die FEW. Mit badenova haben sich die Verhältnisse geändert, ist der städtische Einfluß geringer geworden. badenova tritt mit einem ökologischen Anspruch an, aber badenova ist auch ein Unternehmen, in dem Wirtschaftlichkeit obenan steht. Wir müssen selbst ein Interesse daran haben, denn nur mit den badenova-Gewinnen ist es uns möglich, dem ÖPNV die Unterstützung zu geben, wie sie früher in der alten Stadtwerke-Konstruktion gegeben war.

In der Verkehrspolitik hat Freiburg bereits Grosses geleistet. Unsere Politik im öffentlichen Nahverkehr wird international beachtet. Der Gemeinderat hat vor einigen Monaten zusätzlich ein ehrgeiziges ÖPNV-Ausbauprogramm beschlossen. Es wird ein zäher Kampf werden, dieses gesamte Programm zu finanzieren und damit auch umzusetzen. Aber ich will mit Ihnen zusammen den Kampf aufnehmen. Die Realisierung wird uns weit über die Wahlperiode dieses Gemeinderats und auch über die nächste OB-Wahl in acht Jahren hinaus beschäftigen. Der ÖPNV bleibt damit ein Investitionsschwerpunkt des Haushalts. ÖPNV-Politik ist mit der Breisgau-S-Bahn auch ein Stück Regionalpolitik. Nur zusammen mit dem Umland können wir ÖPNV-Politik machen. Und nur zusammen mit dem Umland können wir eine Struktur entwickeln, wie die Marktveränderungen mit der Liberalisierung im öffentlichen Nahverkehr aufzunehmen sind.

In wenigen Wochen, meine Damen und Herrn, werden wir die neue B 31 Ost für den Verkehr freigeben. Meine Haltung zu dieser Straße ist klar. Ich habe sie als Gemeinderat abgelehnt, aber ich fühle mich an die demokratischen Beschlüsse gebunden und respektiere sie. Das gilt auch für westliche Weiterführung durch den Stadttunnel. Dazu gibt es keine Alternative, deshalb trete ich mit allen Möglichkeiten dafür ein, daß diese Verbindung realisiert wird. Hier braucht die Stadt Hilfe: Beim Bund, vor allem aber beim Land. Der Ministerpräsident hat immer wieder den hohen Stellenwert des Stadttunnels und der B 31-Ost unter den landesweiten Projekten deutlich gemacht. Ich appelliere deshalb an Stuttgart, mit einer eigenen Bewertung den Stadttunnel gegenüber dem Bund voranzubringen. Unser wichtigstes Ziel muß die höchste Priorität im Bundesverkehrswegeplan sein; in diesem Punkt bin ich im völligen Konsens mit meinem Vorgänger.

Schließlich zur Umweltwirtschaft. Vor einigen Jahren hat die sogenannte EURES-Studie die wirtschaftlichen Potentiale von Umweltpolitik ermittelt. Bereits damals lag Freiburg nach Zahl der Beschäftigten und Umsatz deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Ich bin sicher, daß die Zahlen heute noch besser aussehen. Hier berühren wir die Schnittstelle zwischen Wirtschaftsförderung und wirtschaftlicher Entwicklung und Ökologie, und hier haben wir den besten Beweis, daß sie keine Gegensätze sein müssen.

Freiburg hat in der Umweltwirtschaft große Potentiale: Im Handwerk, bei Dienstleistungen, in der Produktion, vor allem aber auch bei Forschung und Entwicklung. Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ist das weltweit zweitgrößte dieser Art und beschäftigt über 300 Mitarbeiter.

In diesem Feld sehe ich einen besonderen Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung. Die Stadt kann eigene Anstöße geben und ein günstiges Umfeld für Investitionen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir brauchen zusätzliche Arbeitsplätze und daraus resultierend zusätzliche Einnahmen auch deshalb, weil im Bereich Schulen und Kinderbetreuung gewaltige Aufgaben auf uns warten. Die Gesellschaft ändert sich seit Jahrzehnten, unser System der schulischen und vorschulischen Erziehung und Betreuung hinkt aber nur mühsam hinterher. Die Halbtagschule wird nach und nach zu einem Ganztagschulsystem umgebaut werden müssen, Kindergärten schalten mehr und mehr auf Ganztagesangebote um und die Angebote für Kinder unter drei Jahren werden immer wichtiger. Freiburg ist hier zwar in vielen Bereichen in Baden-Württemberg führend, aber noch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Lebbarkeit der unterschiedlichsten Lebensoptionen und Lebensentwürfe von Menschen, die mit Kindern leben, bleiben genauso ehrgeiziges Ziel der Freiburger Stadtpolitik, wie die weitere Sanierung und

den Ausbau unserer Schullandschaft. Ich bin froh, dass ich hier den Gemeinderat in großer Geschlossenheit hinter mir weiß.

Zur Kulturpolitik: Im Oberbürgermeisterwahlkampf hat es – bei vielen Unterschieden – eine Gemeinsamkeit gegeben: Alle Bewerber haben sich für ein zusätzliches, schwerpunktmäßig für Kultur zuständiges Dezernat ausgesprochen. Der Gemeinderat hatte letztes Jahr die Entscheidung bis nach der OB-Wahl zurückgestellt. Nun gibt es politischen Handlungsbedarf. Meine ersten Gespräche mit den Fraktionen haben ergeben, dass es im Gemeinderat dafür eine deutliche Mehrheit gibt.

Ich persönlich habe aus der damaligen Debatte einiges gelernt. Aber nicht alles davon gehört heute hier her. Fest steht aber: In Freiburg herrschte damals – und herrscht z.T. noch heute – eine gewisse Sprach- und Verständnislosigkeit zwischen der Kultur und der Stadtpolitik.

Die Entwicklung ist um so mehr bedauerlich, weil wir eigentlich eine enge Verbindung zwischen Stadtpolitik und der ganzen Palette des kulturellen Lebens brauchen. Kultur schafft Offenheit, ist kreativ, ist ein Ausdruck von Vielfalt und Vielschichtigkeit. Kultur ist auch ein Standortfaktor, selbst wenn in manchen Kreisen dieses Wort verpönt ist. Es ist eine kulturpolitische Aufgabe, den Menschen Halt zu geben, einen festen Stand zu vermitteln und einen Bezug zur Lebensumgebung zu schaffen. Da kommt es nicht darauf an, wie „etabliert“ oder „alternativ“ die Kultur ist, sondern nur darauf, wie kreativ sie ist.

Dabei geht es auch um die Rolle der Stadt. Sie soll den Rahmen setzen, aber sie muß nicht alles selbst machen. Mehr Eigenständigkeit der Gruppen kann auch zu mehr Vielfalt und größerer Kreativität führen. Und eines kommt hinzu: Die Qualität und Attraktivität hängt nicht zwingend von den städtischen Zuschüssen ab, sondern von den Freiräumen, die wir der Kultur zur eigenen Entfaltung geben. Deshalb braucht die Kultur eine eigene Stimme und eine eigene politische Vertretung im Bürgermeisteramt.

Zum Flächennutzungsplan: Ich glaube, wir alle haben nicht geahnt, wie langwierig dieses Verfahren sein würde. Der Flächennutzungsplan ist wegen der langfristigen Festlegungen für die Stadtentwicklung zu wichtig, um ihn im Rekordtempo durchzupeitschen, aber die Bürgerinnen und Bürger haben nun einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie es weitergeht. Nach Abschluß des Moderationsverfahrens und der Rückkoppelungswerkstätten fällt die Verantwortung wieder in den Gemeinderat. Er ist und bleibt die „letzte Instanz“. Bürgerbeteiligung kann den Gemeinderat nicht ersetzen.

Ich kann von außen die bisherigen Ergebnisse noch nicht bewerten. Aber klar ist, dass neu nachgedacht werden muss. Die im Entwurf vorgesehene Ausweisung neuer Flächen war überzogen. Vielleicht war es auch ein Fehler, die Frage der Stadtentwicklung nur auf neue Flächen zu reduzieren. Zur Stadtentwicklung gehören auch die soziale, die wirtschaftliche oder kulturelle, insbesondere aber die verkehrliche Entwicklung.

Wenn wir die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst nehmen – und das sollten wir tun –, und in Rechnung stellen, wie lange ein geordneter Ablauf des Verfahrens bis zur Satzungsreife dauert, dann fällt als erstes auf, dass der Zielhorizont 2010 viel zu kurz gefasst ist, und wir uns eher an 2020 orientieren sollten. Das heißt aber auch, dass wir konzentriert weiter arbeiten, aber nicht in Hektik verfallen sollten.

In den Zusammenhang des Flächennutzungsplans gehört die Debatte um Wohnungsbauflächen und um Wohnungsbau. Hier berühren wir eine Schnittstelle zur Sozialpolitik. Freiburg hat in den letzten Jahren mit den beiden Stadtteilprojekten Rieselfeld und Vauban und mit der Ausweisung von Bauflächen eine deutliche Entspannung bewirken können. Das Rieselfeld bietet im letzten Bauabschnitt noch Reserven, ebenso der Stadtteil Vauban. D.h. wir haben auch ohne gültigen Flächennutzungsplan genügend überplanbare und bereits überplante Flächen für den Wohnungsbau.

Zur regionalen Zusammenarbeit: Der Flächennutzungsplan ist in meinem Augen auch ein Prüfstein für ein konstruktives Verhältnis zwischen dem Stadtkreis und dem Umland. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden haben sich zum Teil sehr kritisch über die Zielvorstellungen der Stadt Freiburg geäußert. Daraus ist ein Dialog über die Entwicklung in der Region geworden. Ich bin sicher, ich spreche auch in Ihrem Namen, wenn ich sage, Freiburg will in dieser Debatte keine städtischen Probleme auf Kosten des Umlands lösen. Dies gilt aber auch umgekehrt. Dieser Prozeß darf keine Einbahnstraße sein.

Deshalb will ich den begonnenen Weg der regionalen Zusammenarbeit weitergehen. Die Stadt Freiburg spielt aufgrund ihrer Größe, ihrer Lage und ihrer Funktion als Oberzentrum eine selbstbewußte Rolle, aber keine dominierende oder gar erdrückende Rolle. Regionale Zusammenarbeit funktioniert nur auf der Basis unbedingten Vertrauens und eignet sich nicht als Schauplatz eines parteipolitischen Streits. Ich will das Meine dazu tun und als fairer Partner für das Umland und die Region auftreten und das von Rolf Böhme Begonnene fortsetzen.

Das erwähnte Prinzip der Freiwilligkeit in der Zusammenarbeit soll aus Freiburger Sicht im doppelten Sinne Richtschnur bleiben: Zum einen, was die Inhalte angeht. Unsere Region ist gut damit gefahren, daß alle Partner gemeinsam entschieden haben, auf welchen Feldern wir gemeinsam arbeiten. Obwohl ich mir wünschen würde, dass der Gesetzgeber uns mehr Freiheiten ließe, wie wir jenseits von Zweckverbänden auch demokratisch legitimiert besser zusammen arbeiten könnten. Neben den Inhalten geht aber auch um die räumliche Abgrenzung. Ich will es ganz deutlich sagen: Freiburg geht nicht auf Brautschau und liebäugelt nicht mit der Ortenau oder Lörrach. Aber Freiburg ist nicht nur offen, sondern geradezu angewiesen auf ein gutes Miteinander mit unseren regionalen Nachbarn im Süden und im Norden. badenova ist ein Schritt über die Grenzen der Region Freiburg hinweg gewesen. Vielleicht ergeben sich daraus weitere, vielleicht durch eine Verknüpfung von S-Bahnen oder durch einen kulturellen Austausch. Die Kultur ist bisher noch kein Thema der Regionalpolitik gewesen. Aber jeder Schritt will wohl überlegt, gründlich abgestimmt und gut vorbereitet sein.

Regional heißt hier am Oberrhein auch immer grenzüberschreitend. Für mich als Jüngeren sind die offenen Grenzen und die gute Nachbarschaft zum Elsaß und zur Nordschweiz eigentlich schon eine Normalität. Politisch, zwischen den Verwaltungen, im Handel – überall dort ist vieles geschehen. Aber nutzen wir wirklich die Chancen, die uns Europa bietet, sei es hier vor Ort oder gegenüber der EU? Welchen Nutzen haben die Bürgerinnen und Bürger? In der Stadtpolitik hat die grenzüberschreitende Kooperation noch keine richtige Verankerung. Ich stelle deshalb die Idee eines eigenen Europa-Büros zur Diskussion. Hier können wir Zuständigkeiten bündeln, den europäischen Förderdschungel in die Verwaltung hinein und auch für die Öffentlichkeit transparent machen und gleichzeitig eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Ich wünsche mir damit auch einen Ansatzpunkt, wie wir die Städteverbindung nicht nur mit Mulhouse mit weiteren Themen und Inhalten anreichern und für die Bürger besser nutzbar machen können.

Mit dem Amtswechsel des Oberbürgermeisters verbinden viele Menschen Erwartungen, vor allem dann, wenn nach 20 Jahren ein Vertreter einer anderen Generation gewählt worden ist. Viele dieser Erwartungen, wie ich sie nach dem 5. Mai nachlesen konnte, machen mich nachdenklich. Manches möchte ich rechtzeitig relativieren.

So beginnt mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters keine neue Epoche der Stadtgeschichte, sondern als Ergebnis einer demokratischen Entscheidung beginnt eine neue Amtszeit. Vor dem Lichte von mittlerweile 882 Jahren Stadtgeschichte machen sich diese acht Jahre Amtszeit eher sehr bescheiden aus.

Ich habe von einem Generationswechsel gesprochen. Das gilt nicht nur für mich, sondern für das gesamte Bürgermeisteramt. Alle Dezernenten gehören einer Generation an, sind jünger als 50 Jahre. Auch das hat es bisher nicht gegeben. Deshalb wird der Generationswechsel auch eine andere Form der Zusammenarbeit und der eigenen Amtsführung sein.

Sie ist geprägt von anderen Lebenswegen, anderen Erfahrungen und einer anderen Sichtweise, als es unsere Vorgänger hatten. Um so mehr achte ich deren Leistung und deren längere Erfahrung, und ich hoffe, daß wir darauf zurückgreifen können.

Ich habe großen Respekt vor dem neuen Amt, aber ich trete es mit Zuversicht und mit Freude an. Der Oberbürgermeister ist für die ganze Stadt und nicht für eine Partei gewählt, und dieser Grundsatz ist für mich eine verbindliche Richtschnur. Rolf Böhme hat vor zwanzig Jahren an dieser Stelle die Inschrift am Historischen Ratssaal zitiert, die Otto Winterer dort vor einhundert Jahren hat einmeißeln lassen: „Der Bürger Wohl sei oberstes Gesetz“. Das hatten zwar die alten Römer erfunden und hieß damals: „salus publica suprema lex“, also übersetzt: „das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz“, aber die Abwandlung von Winterer ist dennoch für jeden in diesem Amt verbindlich.

Nach der Wahl, meine Damen und Herrn, habe ich viel Resonanz erfahren, und ich habe unzählige Anregungen und gute Ratschläge erhalten. Darunter waren auch viele Wünsche, manche sehr konkret, einige waren auch sehr teuer. Aber alle zeugen davon, daß vielen Menschen unsere Stadtpolitik nicht gleichgültig ist, sondern daß sie sich eigene Gedanken über die Zukunft machen. Das macht mir Hoffnung. Trotzdem weiß ich, daß ich viele Wünsche nicht erfüllen kann. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger und auch für den Gemeinderat.

Es wird also Enttäuschungen geben. Es wird Konflikte geben, gegensätzliche Positionen, vielleicht auch Niederlagen und Verärgerungen. Sie gehören zwingend zur Demokratie dazu. Und weil wir Menschen sind mit aller Unvollkommenheit, wird es auch Fehler geben, für die wir einstehen müssen.

All dies habe ich in anderer Position als Gemeinderat bereits erlebt. Aber ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß bei allen politischen Unterschieden ein gutes menschliches Miteinander und viele Freundschaften über die Fraktionsgrenzen hinweg bestanden haben. Ich wünsche mir und uns, daß sich daran nichts ändert.

Ich hatte in den letzten Wochen Gelegenheit zu sehr vielen Gesprächen, im Rathaus mit den Ämtern und Dezernaten oder mit bürgerschaftlichen Gruppen. Zunächst bitte bei denen um Nachsicht, die um Gespräche gebeten haben, die ich aber bis jetzt vertrösten mußte. Sie sind nicht vergessen, sondern werden nachgeholt.

Ich möchte deshalb mit einem Wort des Dankes an all jene schließen, die sich für diesen Tag engagiert haben. Die Bürgermeister-Kollegen haben mir gute Ratschläge gegeben und mir einen ersten Einblick in die Arbeit geben können. Die Ämter meines künftigen Dezernats haben mir sehr geholfen, und es manche Unterstützung im Rathaus und außerhalb gegeben. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Meine Damen und Herren. Auf uns wartet eine gemeinsame Aufgabe. Sie heißt Freiburg. Lassen Sie uns daran arbeiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.